

**Anfrage**

öffentlich

Datum

02.12.2009

Nummer

F0206/09

Absender

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Adressat

Oberbürgermeister  
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

03.12.2009

Kurztitel

Kommunalfinanzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die schwarz-gelben Steuererleichterungsprojekte, insbesondere die erneute Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende stellen vielerorts eine Gefahr für die ohnehin schon durch die Wirtschaftskrise geschwächten Kommunen dar und schränken kommunale Handlungsspielräume ein. Schwarz-Gelb wird die Kürzung des Bundesanteils an den Wohnkosten und das vermeintliche Wachstumsbeschleunigungsgesetz durch den Bundestag beschließen und an den Bundesrat verweisen.

Die Kommunen sind im Vergleich zu Bund und Ländern von der Wirtschaftskrise mit einem Einbruch bei den Steuereinnahmen von 10 % in 2009 besonders betroffen. Dies liegt zum einen an der besonderen Abhängigkeit der Kommunen von den Unternehmenssteuern. Zum anderen an den noch von der Großen Koalition beschlossenen Steuererleichterungen in den Konjunkturpaketen I und II sowie dem Bürgerentlastungsgesetz.

Dieser Einbruch in den Gemeindefinanzen wird durch das von der Bundesregierung eingebrachte Wachstumsbeschleunigungsgesetz verschärft, welches weitere Steuererleichterungen für Unternehmen und Bürger/innen vorsieht. Beide Vorhaben bringen Einnahmeverluste für die Kommunen mit sich.

Außerdem müssen die Kommunen auf der Ausgabenseite eine zusätzliche Belastung durch eine erneute Reduzierung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende in 2010 hinnehmen. In der Folge werden die Kommunen die aufgrund der Wirtschaftskrise steigenden Mehrkosten bei der Unterkunft von ALG II-Empfänger/innen Euro allein tragen müssen.

Diese Steuererleichterungen und Ausgabensteigerungen schwächen auch die Investitionskraft und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die Entwicklung der Finanzlage der Stadt in den nächsten 5 Jahren?
2. Mit welcher Entwicklung der Steuereinnahmen rechnet die Verwaltung im Jahr 2010?
3. Mit welchen Mindereinnahmen rechnet der die Verwaltung in Folge der 2009 beschlossenen Steuererleichterungen nach Maßgabe der Konjunkturpakete I+II und des Bürgerentlastungsgesetzes?

4. Mit welchen Mindereinnahmen rechnet die Verwaltung aufgrund der Steuererleichterungen nach Maßgabe des von der neuen Bundesregierung beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes differenziert nach Einkommenssteueranteilen, Umsatzsteueranteilen und Gewerbesteuer?
5. Welche Auswirkungen werden die steuerlichen Mindereinnahmen auf die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich für unsere Stadt haben?
6. Wie beurteilt die Verwaltung die Pläne des Bundestages, die Gewerbesteuer durch Umsatzsteueranteile und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen und ein örtliches Hebesatzrecht auf die Einkommenssteuer und die Körperschaftssteuer einzuführen?
7. Mit welchen Mehrkosten rechnet die Verwaltung im Jahr 2010 bei der Betreuung der Hartz-IV-Bezieherinnen? Wie viel davon ist auf die Entwicklung am örtlichen Arbeitsmarkt zurückzuführen? Wie hoch ist der Anteil der Mehrkosten, der auf die Kürzung des Bundesanteils zurückzuführen ist?

Wir bitten um ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Alfred Westphal  
Stadtrat